



M. TRIPPEL / OSTKREUZ

Rechte Jugendszene in Cottbus: „Man weiß genau, wem welche Gegend gehört“

von seinen ostdeutschen Kadern wissen: ob sie Kontakt zur Stasi hatten. Der DVU-Boß hat offenbar aus der blamablen Demontage seiner Truppe im Magdeburger Landtag – darunter ein Tierquäler und ein vermuteter Stasi-Mann – gelernt. Diesmal setzt er mehr auf unauffällige Kleinbürger.

Nach der Examinierung verlas ein Frey-Gehilfe dem versammelten Publikum die 18 Namen, die beim Chef Gnade gefunden hatten. Die Gefolgsleute applaudierten und segneten die Liste ab. „Eine geheime Wahl war das nicht“, sagt ein DVU-Mann.

Spitzenkandidat ist Michael Claus, 39, ein Schützenbruder des DVU-Landeschefs. Der Dreher aus Petershagen versteht sich aufs Kleinkaliber und will im Land wieder „Zuchthäuser für Schwerstverbrecher“ errichten. Hesselbarths Ehefrau wurde auf Platz zwei geschoben.

Altkämpfen aus der brandenburgischen DVU, die sich Hoffnung auf vordere Listenplätze gemacht hatten, fühlen sich allerdings schlecht behandelt. Frey zog ihnen mehrere Vasallen vor, die gar nicht aus Brandenburg stammen. Sigmar-Peter Schuldt etwa, Kandidat Nummer fünf und derzeit DVU-Fraktionsmitarbeiter in Magdeburg (von Parteigenossen gern „unser Goebbels“ genannt), oder Markus Nonninger, Listenplatz sechs. Nonninger ist Chef des desolaten Berliner Landesverbandes.

Warum Mittelständler Hesselbarth nicht – wie geplant – den Spitzenplatz abbekam, sondern überhaupt nicht kandidiert, ist unklar. Er selbst verweist auf seine „territoriale Aufgabe“ für die Partei. Logischer ist eine andere Lesart: Frey habe ihn wegen zu großer Nähe zum DDR-Staat zum Verzicht genötigt. Bis heute kann Macher Hesselbarth dem „demokratischen Zentralismus“ in der DDR etwas abgewinnen: „Ich liebe die sanfte Diktatur.“

WOLFGANG BAYER
STEFAN BERG

Der braune Alltag

Polizisten und Politiker in Brandenburg verdrängen den Rechtsradikalismus. Derweil haben Skinheads in einigen Stadtteilen von Cottbus die Macht übernommen.

In Cottbus muß man nicht viele Worte machen. Der Hinweis der Polizei in der Straßenbahnlinie 4, welche die Plattenbausiedlungen Sachsendorf/Madlow und Schmellwitz miteinander verbindet, ist kurz gefaßt. „Wie Sie helfen können“, heißt es in grünen Lettern auf Aufklebern, und dann folgen praktische Tips wie dieser: „Sprechen Sie die Gruppe aus der Distanz an.“

Wer die sind, die man da ansprechen soll, wird nicht gesagt, auch nicht, wem man dann helfen soll. Das weiß in Cottbus ohnehin jeder.

Jens, 14, beispielsweise. Der Schüler trägt Schuhe mit bunten Schnürsenkeln. „Wenn ich jetzt in eine Straßenbahn einsteige“, sagt Jens, „kremple ich die Hose über die Schuhe.“

Im vergangenen Oktober wurde der Schüler von einer Gruppe maskierter Jugendlicher mit Springerstiefeln vom Sitz gezerrt, in den Bauch geschlagen und drei Haltestellen weiter aus der Bahn geworfen – „wegen der bunten Schnürsenkel und dem ‚Gegen Nazis‘-Aufnäher an der Jacke“. Wer unbehelligt bleiben will, trägt in Cottbus am besten weiße Schnürsenkel, das Markenzeichen der rechten Jugendlichen.

Der Ausnahmezustand ist längst Normalität. Manfred Füger, Sprecher des Brandenburgischen Innenministeriums, stuft den „Schutzbereich Cottbus“ bei rechts-extremistisch motivierten Gewaltdelikten als „etwas führend ein“.

Im Staatsschutzbericht 1998 des Landeskriminalamts sind für Cottbus fünf Gewalttaten aufgeführt. Aber die Dunkelziffer ist hoch. Das von Cottbuser Studenten betriebene „B.U.R.E.A.U. für vergessene Nachrichten“ nennt für das vergangene Jahr zwei Dutzend Vorfälle, bei denen Rechtsradikale jene brutal überfallen und oft schwer verletzt haben, die ihnen fremd sind: Ausländer, Schwule, Behinderte, Punks, Linke oder Aussiedler.

Kaum jemand empört sich mehr darüber. Wenn die Polizei in Cottbus über ihre rechte Klientel spricht, schwadronieren die Beamten von „einem gewissen Potential“, Politiker beschwören eine „Modeerscheinung“, die „nichts mit Gesinnung“ zu tun habe, die Sozialarbeiter reden von „verunsicherten Kindern“.

Alle haben sich eingerichtet im braunen Alltag und überlassen die Stadt rechtsradikalen Jugendlichen wie Stefan, Dirk, Christian und Sten. In der Plattenbausiedlung Sachsendorf bereiten sich die vier kahlgeschorenen Schüler und ihre Clique auf den Abend vor. In der Anonymität des Massenquartiers haben sie in dem Jugendclub „Flash 29“ eine Heimat gefunden: Hier dürfen die Aufnäher mit den heimatümelnden Sprüchen („Der Osten bleibt deutsch“) wie eine Auszeichnung getragen werden. In den großzügigen Kellerräumen des Clubs sammeln sich nachmittags die rechten Brüder, spielen Billard oder Tischtennis und warten, daß



FOTOS: M. TRIPPEL / OSTKREUZ

Cottbuser Skinheads auf dem Weg nach Bremen: Spirale von Alkohol, Herdentrieb und Lust auf Gewalt

es dunkel wird und die Straße ihnen gehört.

Hinter der Theke im Flash 29 steht René Koswig, ein breitschultriger Glatzkopf mit tätowierten Oberarmen, der besonders öffentlichkeitsscheu ist. Koswig war stellvertretender Vorsitzender der mittlerweile verbotenen rechtsextremistischen „Deutschen Alternative“. Wie er sich für die ABM-Stelle in einem von der Diakonie finanzierten Jugendclub qualifiziert hat, ist unklar.

„Ausländer kommen uns hier nicht rein“, sagt Stammgast Frank draußen im Garten des Clubs. Die Reaktion ringherum zeigt, daß in dieser Clique der Prozentsatz aller ostdeutschen Jugendlichen, die eine rechtliche Gleichstellung von Einwanderern ablehnen, bei weitem übertroffen wird. Nach einer Studie des Deutschen Jugendinstituts liegt der Schnitt bei 34 Prozent, im Flash dagegen sind sich alle in ihrer Ablehnung einig.

Ein paar hundert Meter entfernt vom Flash befindet sich das Asylbewerberheim in den alten Häusern der Volksarmee an der Lipezkerstraße. Zur Straße hin schützt ein leerstehendes, zerfallenes Gebäude mit zerschlagenen Fenstern das Heim, beim Seiteneingang kontrolliert ein alter uniformierter Wächter und knurrt jeden unangemeldeten Besucher und gern auch jeden Bewohner an.

„Die Ausländer hier machen keine Probleme“, sagt Mahmud, ein Palästinenser aus dem Libanon, „die Deutschen machen Probleme mit den Ausländern.“ Mahmud läßt seine Kinder nicht außerhalb des Heimgeländes spielen. Abends dürfen sie die kleinen verschimmelten

Zimmer ihrer Wohnung überhaupt nicht verlassen. Er zeigt auf die kaum verheilte Wunde auf dem Rücken seines Freundes Jassir und sagt: „Darum.“ Eine Woche lag Jassir im Krankenhaus in Schwedt, nachdem ihn zwei kahlgeschorene Männer mit einem Messer niedergestochen hatten. „Nach sechs Uhr gehe ich nicht raus“, sagt Jassir, „sonst bin ich tot.“

Die ehemalige Industriestadt im Osten der neuen Bundesländer wurde stillschweigend in verschiedene Zonen eingeteilt – je nach Dominanz der rechten Kids. „Man weiß genau“, sagt Mario, einer der aktiven Linken in der Stadt, „wem welche Gegend gehört.“

Im Norden, etwa im Stadtteil Schellwitz, werden Andersdenkende gerade noch toleriert. Aber die Angst fährt auch in diesen Vierteln mit. Eine gebürtige Kasachin traut sich in der Straßenbahn nicht zu sprechen, weil sie fürchtet, jemand könnte den leichten Akzent hören, der sie als Aussiedlerin verrät. „Dann sitze ich still auf dem Sitz und denke: Mein Gott, bin ich froh, daß meine Hautfarbe wenigstens weiß ist.“



Opfer Jassir: „Nach sechs gehe ich nicht raus“

Nur 1,3 Prozent der Einwohner von Cottbus sind Ausländer, und dennoch sind sie das Thema im Flash. Niemand weiß so genau, ob nun gesamtdeutscher Größenwahn oder ostdeutsche Minderwertigkeitskomplexe der Antrieb sind für den schmächtigen Sten, der seit Stunden ganz verzweifelt an der Sohle seines Springstiefels herumfummelt, die sich aufzulösen droht, oder für Christian, der schon nachmittags so betrunken ist, daß er sich am Zaun festhalten muß.

In einer noch unveröffentlichten Studie analysiert die Expertengruppe um den Münchner Soziologen Klaus Wahl, daß sowohl „soziale Ängstlichkeit“ als auch „soziale Aggressivität“ Fremdenfeindlichkeit auslösen kann.

Selbst einer wie Stefan, auf den ersten Blick ein Fremdkörper in der Clique, weil er ernsthaft versucht, einen Arbeitsplatz – auch im Westen – zu ergattern, wird von dieser diffusen Angst vor der Zukunft und dem Westen geplagt. Diese dumpfe Furcht treibt die Jugendlichen immer wieder dahin zurück, wo sie mit Hitler-Gruß und festem Stiefelschritt den Ton angeben. „Wenn ich aus der Straßenbahn die Shell-Tankstelle und die ersten Plattenbauten von Sachsendorf sehe, fühle ich mich geborgen“, sagt Stefan.

Vor allem aber ungestört. An der Wand des Flash hängt ein kleines Poster: „Wer sein letztes Zeugnis zeigt, bekommt ein Eis spendiert.“ Der Versuch, die harten Jungs mit einem Eis auf den richtigen Weg zu locken, ist die nahezu einzige pädagogische Maßnahme.

Ansonsten steht Clubleiterin Martina dem Treiben ihrer Klientel eher hilflos gegenüber. „Das Problem mit den Rechten ist gar nicht so groß wie das Problem mit dem

Alkohol“, sagt sie und schiebt dann entschuldigend nach: „Für Diskussionen über den Nationalsozialismus bin ich nicht genug politisch geschult.“

So wird fast überall gedacht in Cottbus. Marina Bußmann, Schulsozialarbeiterin der 3. Gesamtschule in Schmellwitz und von den Heranwachsenden nur „Bus-si“ genannt, überdeckt die rechte Problematik mit einer fast schon zwanghaften Fröhlichkeit: „Die schnappen was auf, treffen sich in Gruppen und bezeichnen sich als rechts. Aber die sind nicht rechts.“

Diese Form der „akzeptierenden Jugendarbeit“ ist unter Experten heftig umstritten. Die Glatzen nur als Frisur und nicht als Symbol einer Überzeugung zu sehen, hält der evangelische Theologe und ehemalige Superintendent Wolfram Hülsemann, der heute als Leiter des mobilen Beratungsteams „Tolerantes Brandenburg“ mit rechten Jugendlichen arbeitet, für gefährlich: „Gedanken, die gedacht werden, werden bald auch ausgesprochen, Gedanken, die ausgesprochen werden, werden bald auch in Taten übersetzt.“

90 Prozent der Jugendsozialarbeit, sagt Gerd Wermerskirch vom Team, sei „aufgrund mangelnder Bildung reine Anbiederung“. So setze sich, was mal als Provokation oder Scherz begann, als geduldete Überzeugung in den jugendlichen Köpfen fest. Für Wermerskirch ist es „absoluter Wahnsinn, diese Leute auf die Jugendlichen loszulassen“.

In einer Stadt wie Cottbus, die mit 23,5 Prozent Arbeitslosigkeit fertig werden muß, wird lieber von „Jugendbanden“ oder „jungen Leuten ohne echte Gesinnung“ geredet – aber noch lieber geschwiegen. Die Furcht, ein schlechtes

Image der Stadt könne mögliche Investoren verschrecken, ist größer als die Angst um das Leben eines Ausländers.

Was Eltern, Schule und Politik zu korrigieren versäumten, versucht Pastor Christian Weber in der Küche des Gemeindehauses von Greifenhain, einem Dorf im Süden von Cottbus. „Rechts gegen links“ heißt die Diskussionsreihe, bei der Weber, der mit seinen langen Haaren und den



Pastor Weber: Jugendarbeit ohne Illusionen

hohen Schnürstiefeln in der Provinz etwas verloren wirkt, als einziger beide Lager zusammenbringt.

Bei Lausitzer Spezialitäten und Tee wird diesmal der Tod des Algeriers Omar Ben Noui diskutiert, der Mitte Februar im benachbarten Guben von Rechtsradikalen durch die Straßen gehetzt worden war und verblutete, als er sich mit dem Sprung durch eine Glastür in Sicherheit bringen wollte.

„Daran sieht man mal, wie bekloppt die Schwarzen so sind, daß die einfach durch 'ne Scheibe springen“, sagt einer, der seinen Dobermann mitgebracht hat. Die Linken kontern, daß der Algerier kein

Schwarzer gewesen und brutal in den Tod gehetzt worden sei.

Weber widerspricht wieder und wieder und macht sich doch keine Illusionen: „Als bei einer Fete einer der Rechten mit dem Sieg-Heil-Gruß vor meinem Christus rumtanzte und immer: ‚ist das geil‘, rief, wurde mir auch ganz anders.“

Britta Schlosser, Lehrerin für Lebenskunde, Ethik und Religion an der Gesamtschule in Sachsendorf, ist wie Pastor Weber eine der wenigen, die gegen den rechten Trend argumentiert. Aber wenn sich dann nach Schulschluß die Glatzen mit der Bierflasche in der Hand demonstrativ um ihr Auto versammeln, denkt sie schon mal, ob nicht auch weniger deutliche Worte im Unterricht erreicht hätten. Dann drückt sie sich an den Jugendlichen vorbei zum Wagen und fragt sich: „Warum habe ich eigentlich solche Angst vor meinen Schülern?“

Es ist Freitag abend, und die Clique aus Sachsendorf fährt mit der Straßenbahnlinie 4 ins Zentrum, wo im „Trinkhaus“ das Bier nur zwei Mark kostet. Noch vor der Kneipe würgt Christian ein erstes Mal seinen Mageninhalt in die Gosse, während seine Kollegen ihr Verständnis von Toleranz in die Nacht grölen: „Mehrere Kanaken“ habe man heute „laufenlassen“, da man ja nicht unter sich sei.

Nach zwei Stunden folgt das übliche Wochenendprogramm der Spirale von Alkohol, Herdentrieb und zunehmender Lust auf Gewalt. Es geht nach Sachsendorf zurück, in die „Windsbraut“. Vor der Kneipe hat sich der harte Kern der Szene versammelt. Die Telefonzelle wird mit Tritten malträtiert, Bierflaschen fliegen durch die Gegend.

25 Prozent aller rechten Gewaltdelikte, heißt es im brandenburgischen Staatsschutzbericht, seien unter Alkohol geschehen. Ist der Zustand erreicht, fehlt nur noch das Opfer. Dazu brauchen die Täter nicht mal Mitglied einer rechten Partei zu sein. „Die Krawall-Nazis der dreißiger Jahre, die in den Wirtshäusern auftrafen“, warnt der brandenburgische Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg, „hatten auch keine politische Bildung. Der braune Kernbereich ist in den Köpfen drin.“

Für vier Uhr morgens haben sich Sten, Dirk, Christian und Stefan an Gleis eins des Hauptbahnhofs verabredet. Hier ist erstmals die Polizei zu sehen. Die Beamten nehmen die Personalien aller Fahrgäste auf, die ein Ticket nach Bremen gelöst haben – dann dürfen die Vollgedröhnten einsteigen. Am Nachmittag wollen sie auf einer NPD-Kundgebung in der Hansestadt für ein Deutschland ohne Fremde demonstrieren.

CAROLIN EMCKE



Gedenken für Ben Noui in Guben: Brutal in den Tod gehetzt